

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/178

Bonn, den 19. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Kämpferischer Humanist und sozialer Demokrat</u>	66

Zum 70. Geburtstag von Wenzel Jaksch am 25. September 1966

Von Willy Brandt,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

2	<u>Breitensport notwendig !</u>	45
---	---------------------------------	----

Anregungen zur Verbesserung der Bundes-Jugendspiele

Von Klaus Richter, MdB

2a	<u>Wird von Hassel um jeden Preis gehalten ?</u>	17
----	--	----

Zur Debatte über die Führungskrise in der Bundeswehr

2a	<u>Schweden...</u>	27
----	--------------------	----

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen

3 - 4	<u>Elf harte Fragen zur Europapolitik</u>	88
-------	---	----

Bundeskanzler muß Rede und Antwort stehen

Von Egon C. Heinrich

5 - 6	<u>Spaniens Gastarbeiter sind kritische Heimkehrer</u>	87
-------	--	----

Sie finden auch manches Haar in der "deutschen Suppe"

Von unseren HD-L-Korrespondenten in Madrid

— + +

Kämpferischer Humanist und sozialer Demokrat

Zum 70. Geburtstag von Wenzel Jaksch am 25. September 1966

Von Willy Brandt,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wenige werden Wenzel Jaksch seine in diesen Tagen vollendeten sieben Jahrzehnte glauben. Dem Temperament nach ist er wesentlich jünger. Seine Persönlichkeit stimmt auch nicht mit dem Bild überein, das man sich nachherorts in der Öffentlichkeit von ihm macht. Er ist nicht der Mann, als den ihn seine Gegner sehen. Es gibt kein Klischee, das seiner vielschichtiger, durch bittere Erfahrungen gezeichneten Persönlichkeit gerecht wird.

Der Lebensweg von Wenzel Jaksch ist ein Stück mitteleuropäischer Geschichte unseres Jahrhunderts. Er begann in der österreich-ungarischen Doppelmonarchie, die politisch seine sudetendeutsche Heimat einschloß, führte ihn über Wien, wo er als 18-Jähriger zur Sozialdemokratischen Partei stieß, für ein Jahrzehnt (von 1929 - 1938) als Abgeordneter in das Parlament von Prag, über das Londoner Exil zu uns in die Bundesrepublik Deutschland. Hitler und seine Folgen haben bewirkt, daß er und seine Schicksalsgefährten ihre Heimat zweimal verloren.

Wenn man diesen Lebensweg politisch beschreibt, so sind die ersten Stationen der Zusammenbruch der alten Ordnung im Donauraum, das vergebliche Bemühen des Sozialdemokraten Josef Seliger um eine kantonale Verfassung nach schweizerischem Vorbild für die Tschechoslowakei, das Ringen um die Anerkennung der Sudetendeutschen als des zweiten Staatsvolkes. Dann kam die Verteidigung der Demokratie gegen Henlein und dessen Hintertreter, der Kampf für einen vernünftigen Frieden, gegen Vertreibungspläne. Danach schließlich das Ringen um die Ebenbürtigkeit der Vertriebenen, die Sehnsucht nach der Heimat, das Ringen um eine gesicherte gemeinsame Zukunft mit den Nachbarn im Osten und Südosten. Die vielfach vergeblichen Kämpfe dieses Lebens haben weder zur Entmutigung noch zur Resignation geführt. Ich finde, auch seine Gegner dürften der aller geschichtlicher Tragik zur Trotz nicht zu beugenden Kraft eines Wenzel Jaksch ihre Achtung nicht versagen.

Man kann seinen Weg auch scheinbar ganz einfach und gradlinig sehen: Wenzel Jaksch ist Sozialdemokrat seit dem Jahre, in dem der Erste

Weltkrieg ausbrach. Als Vorsitzender der SPD grüße ich den tapferen und gedankenreichen Mann, den die sudetendeutschen Sozialdemokraten an ihre Spitze berufen hatten und unter dessen Führung sie Widerstand leisteten, bis ihnen durch "Müncher" der Boden entzogen wurde.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen ist von Vertrauen dieser großen überparteilichen Organisation und ihrer vielen Gliederungen getragen. Sie legt ihm eine besondere Verantwortung auf, die ihm niemand abnehmen kann. Es ist eine staatspolitische Aufgabe von hohem Rang. Sie wird von ihm selbst in hohem Maße als Sorge um den einzelnen Landsmann und als solidarische Pflicht gegenüber dem bedrängten Mitbürger verstanden.

Wenzel Jaksch gehört zu den Menschen, die es sich selbst und anderen, ihren Freunden und Gegnern nicht leicht machen. Es stünde schlecht um die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wenn sie für eigenwillige und stark ausgeprägte Persönlichkeiten zu eng wäre.

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete hat '96' den nach ihm benannten Bericht über die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten Osteuropas vorgelegt, der die *e i n s t i m m i g e* Zustimmung des Bundestages fand. Was man seither "Aktivierung der Ostpolitik" nannte - das heißt: jene kleinen Schritte auf die Völker Osteuropas zu, die positiv die deutsche Politik ergänzt haben - ist von diesem Bericht ausgegangen. Die meisten Kritiker übersehen das, und sie übersehen auch, daß es nicht die Schuld von Wenzel Jaksch war, wenn die Schritte bisher so bescheiden geblieben sind.

Vor einigen Jahren überwachte er die Öffentlichkeit mit einer Studie "Westeuropa - Osturopa - Sowjetunion". Das war ein wichtiger Beitrag zu einer Konzeption, die neue Formen der wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn sucht. Hier geht es um eine Konzeption der Zukunft, darauf gerichtet, nach einer leidvollen Geschichte Gegensätze und Grenzen überwinden zu helfen und Europa schließlich friedlich miteinander wachsen zu lassen.

Dies alles ist er, Patriot und Europäer, kämpferischer Humanist und sozialer Demokrat. Er kann seinen Freunden, seinen Landsleuten und dem trotz allem wachsenden Europa noch viel geben.

Breitensport notwendig !

Anregungen zur Verbesserung der Bundes-Jugendspiele

Von Klaus Richter, MdB *)

Wenn der deutsche Sport aus seiner gegenwärtigen Stagnation nicht herauskommt, werden wir 1972 zwar für die Welt die Olympischen Spiele ausrichten, deutsche Sportler werden aber in München schwer zu Medaillen kommen. Wie ernst die Situation ist, das sollten uns spätestens die Europa- und Weltmeisterschaften dieses Jahres gezeigt haben.

Gestützt auf seine 2,3 Millionen Mitglieder und ihre Beiträge vermochte lediglich der Deutsche Fußballverband seine Mannschaft so vorbereitet in die internationalen Wettkämpfe zu führen, daß diese auch erfolgreich abschneiden konnte. Den anderen Fachverbänden fehlt es an Geld, mangelt es an zentralen Trainingsstätten und gut ausgebildeten Übungsleitern.

Entscheidende Fehler leistet man sich im deutschen Sport bei der Nachwuchsförderung. Wir haben keinen Breitensport mehr. Es steht fest, daß ein großer Teil unserer talentierten Jugend gar keinen Zugang zum Sport hat, weil es kein Ausleseverfahren gibt. Jugendveranstaltungen, Landesjugendmeisterschaften werden von der Öffentlichkeit kaum beachtet. So fehlt für viele Jugendliche der Anreiz. Daraus resultiert die zu geringe Zahl von Sportstunden an den Schulen, was zu einer Vertiefung des Schulsportes geführt hat.

Eine Chance, in der Vergangenheit ausgelassen, bietet sich an: Die Bundes-Jugendspiele.

Bisher fehlte diesen Veranstaltungen der Glanz, blieb der letzte Erfolg versagt. Mit einer planvollen Durchführung könnte man dem Deutschen Sportbund und seinen Fachverbänden entscheidend helfen. Ganz sicher reicht es nicht aus, daß die Schulen Wettkämpfe durchführen und an- und abschließend die Wettkampfkarten ablegen. Die Sieger der lokalen Schulveranstaltungen müßten anschließend auf Kreis- und Landesebene um den Sieg kämpfen. Bei einem deutschen Jugendwettkampf müßte der Bundespräsident, der ohnehin die Siegerurkunden unterzeichnet, die Besten ehren. Funk- und Fernsehen müßten sich dieser Veranstaltungen annehmen. Sportvereine und Verbände müßten in die Lage versetzt werden, die Ergebnisse der Bundes-Jugendspiele auszuwerten. Da sich jeder Schüler an den Wettkämpfen beteiligt, bliebe kein Talent unbeachtet. Schließlich sollte man die Fachverbände mehr als bisher in die Lage versetzen, ihre Jugendveranstaltungen repräsentativer zu gestalten. Nur wenn wir in den nächsten Jahren einen Breitensport bekommen, werden wir Jahre später wieder einen leistungsstärken Spitzensport haben.

*) SPD-MdB Klaus Richter, Wertheim - Baden-Württemberg, Mittelschullehrer Jahrgang 1923, hat jahrelang große Jugendmannschaften bei deutschen Meisterschaftsveranstaltungen geführt und ist Mitglied des Landesjugendausschusses des Deutschen Leichtathletik-Verbandes.

Wird von Hassel um jeden Preis gehalten ?

sp - Am Mittwoch wird der Bundestag über die Führungskrise in der Bundeswehr debattieren. Die SPD-Fraktion ersucht hierbei den Bundeskanzler, er möge dem Bundespräsidenten die Entlassung des Verteidigungsministers empfehlen. Vergleicht man die zahlreichen Stellungnahmen von Koalitionspolitikern zu den Krisenerscheinungen und anderen Vorgängen in der Spitze unseres Verteidigungswesens, dann sollte sich eigentlich im Bundestag eine Mehrheit für das sozialdemokratische Verlangen ergeben. Dieses Verlangen ist begründet von der Sorge um unsere Sicherheit und die Wiederherstellung des Vertrauens der Soldaten zur politischen Führung. Wir wissen, daß sowohl die Regierung als auch die sie tragenden Parteien Herrn von Hassel buchstäblich um j e d e n Preis halten wollen, obgleich ihnen dabei gewiß nicht wohl zumute ist. Unter diesen Umständen ist es die Aufgabe des Parlaments, alle jene Probleme zu durchleuchten, die in den vergangenen Wochen mit Recht unser Volk beunruhigt haben. Dabei geht es zwar auch um Einzelfragen; entscheidend ist jedoch die Darstellung der politischen Verantwortlichkeit, die nicht nur dem Ressortminister obliegt, sondern auch dem Bundeskanzler.

+ + +

Schweden...

Zur Ergebnis der Kommunalwahlen

sp - Das Ergebnis der Kommunal- und Provinzialwahlen in Schweden bedeutet für die sozialdemokratische Regierung Erlander einen empfindlichen Rückschlag. Es war einer der härtesten Wahlkämpfe, die Schweden in den letzten 30 Jahren erlebte, und mit einem Aufwand geführt, wie er nur bei Reichstagswahlen üblich ist. Kommunalfragen standen wenig im Vordergrund. Die Parteien rechts und links von der Sozialdemokratie betrachteten diese Wahl als Probe für die im Jahre 1968 stattfindenden Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages, in dem die Sozialdemokraten über eine Mehrheit von acht Mandaten verfügen. Die in sich zersplitterten bürgerlichen Parteien schlossen eine Art Bürgerfrieden, stellten in vielen Orten und manchen Provinzen Gemeinschaftslisten auf und richteten ihre Angriffe gegen die Landespolitik, wobei sie außerdem noch kräftig vor den Kommunisten unterstützt wurden. Alle machten die Regierung Erlander gemeinsam verantwortlich für den zwischen den beiden Wirtschaftslöchern 1963 und 1964 sich vertiefenden Graben, der für die schwedische Wirtschaft besonders nachteilige Folgen zeigt. Schweden leidet unter einer angespannten Finanz- und Wirtschaftsfrage, die die Regierung Erlander auch zu unpopulären Maßnahmen zwang und sie daran hindert, ihr Programm des ständigen sozialen Ausgleichs durchzuführen. Auftrieb erhielten die sogenannten bürgerlichen Parteien durch die vor einem Jahr erfolgte Ablösung der sozialdemokratischen Regierung im Nachbarland Norwegen. Den Kommunisten gelang es in den Randschichten der sozialdemokratischen Wähler einige Erfolge, wobei ihnen ein neues "Wake up" mit einem betont nationalen Charakter zustatten kam. - Mit 42,8 Prozent aller abgegebenen Stimmen behielten die Sozialdemokraten ihre überragende Vormachtstellung; sie sind und bleiben ein Faktor, ohne und gegen den nicht regiert werden kann. Seit 30 Jahren regieren sie ununterbrochen dieses große nordische Land und geben ihm ein modernes Antlitz. Ist das Ergebnis der Kommunalwahlen der Niederschlag gewisser Abnutzungerscheinungen? Eine schlüssige Antwort darauf läßt sich wohl nicht geben.

+ + +

Elf harte Fragen zur Europapolitik

Bundeskanzler muß Rede und Antwort stehen

Von Egon C. Heinrich

Elf harte Fragen zur Europapolitik hat die SPD-Bundestagsfraktion jetzt in einer Kleinen Anfrage der Bundesregierung gestellt. Ausgangspunkt dieser parlamentarischen Initiative sind die umstrittenen, von der europäischen Öffentlichkeit stark kritisierten Erklärungen Bundeskanzler Erhards während seiner Skandinavienreise von Ende August bis Anfang September. Bekanntlich hatte der deutsche Regierungschef am 1. September 1966 auf einer Pressekonferenz in Oslo wörtlich gesagt:

- * "Ich glaube nicht, daß wir so sehr bemüht sein sollten, die politische Integration der EWG zu fördern, weil ich glaube, je stärker die EWG in den Augen der übrigen Welt und vor allem der freien Nationen Europas ein politisches Gehäuse hat und ein politisches Instrument sein soll, um so schwieriger wird die Verständigung sein."

In Schweden hatte Erhard die EWG und die EFTA gar als "künstliche und willkürliche Konstruktionen" bezeichnet, deren die moralische Berechtigung fehle, wenn sie sich "in einer Art Inzucht Vorteile gewähren, die sie den anderen verwehren".

Diese für den Regierungschef eines EWG-Landes angesichts der angestrebten Verhandlungen mit der Kleinen Freihandelszone denkbar ungeschickten Äußerungen sind in weiten Kreisen des Gemeinsamen Marktes auf scharfe Ablehnung gestoßen, hat der deutsche Bundeskanzler doch damit die Anti-EWG-Haltung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle noch übertroffen. Wohl als Reaktion auf Erhard erklärte der niederländische christdemokratische Außenminister Joseph Luns jetzt in einem Zeitschriftenartikel eindeutig:

- * "Ich bin und bleibe der Meinung, daß wir nach wie vor die Einheit föderativ geregelter und nach supranationalen Prinzipien organisierter europäischer Länder anstreben müssen."

Auch Präsidium und Fraktionsvorstand der CDU beeilten sich mit der Versicherung, daß man "im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler" am Aufbau einer politischen Union der EWG-Staaten festhalte, wobei der Begriff "Politische Union" nicht näher definiert wird. Mit dieser Erklärung würde dem angeschlagenen Kanzler eine erneute Ohrfeige versetzt, bedeutet die CDU-Erklärung doch nichts anderes, als daß man die skandinavischen Erklärungen Erhards nicht ernst nimmt.

Es ist schlecht um einen Regierungschef bestellt, der nach Rückkehr aus dem Ausland von seinen dort vertretenen Auffassungen abtrüben muß und sogar von seinen eigenen Parteifreunden öffentlich desavouiert wird. Bonner Beobachter erklären des Kanzlers Entgleisungen in Oslo und Norwegen ohnehin mit dessen Neigung,

ausländischen Gesprächspartnern allzu leicht rhetorische Konzessionen zu machen.

Der Bundeskanzler ging in Skandinavien so weit, die politische Vereinigung von zunächst den sechs EWG-Ländern zugunsten der Schaffung einer großen europäischen Freihandelszone von EWG und EFTA abzuschreiben. In diesem Zusammenhang ist eine Auffassung von Interesse, die der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion vor Jahresfrist in einem Interview mit dem "Rheinischen Merkur" vertreten hatte. Dr. Barzel sprach sich damals für den Beitritt möglichst vieler EFTA-Staaten zur EWG aus und lehnte eine "lauwarne Lösung, wie sie der eine oder andere Sozialist in Europa versucht", entschieden ab.

Nun, zum Vorkämpfer dieser "lauwarmen Lösung" hat sich der Parteichef Dr. Barzel gemacht, also gewiß kein "Sozialist". Sofern Dr. Barzel seine Haltung seit einem Jahr nicht geändert hat, müssen zwischen den Vorsitzenden der CDU also ganz erhebliche Differenzen über den Weg für eine Annäherung von EWG und EFTA bestehen.

Für die sozialdemokratischen Parteien der sechs EWG-Länder kann indessen gesagt werden, daß sie stets den Beitritt bzw. die Assoziierung der EFTA-Staaten mit der EWG einem losen, zollpolitischen Arrangement zwischen beiden Blöcken vorgezogen haben. Nach ihrer Auffassung muß die EWG all jenen Ländern zum Beitritt oder zur Assoziierung offenstehen, die bereit sind, die Rechte und Pflichten der Römischen Verträge zu übernehmen, wobei keine übermäßigen Forderungen gestellt werden dürften.

Durch ihre Kleine Anfrage gibt die SPD-Fraktion der Bundesregierung nun die Gelegenheit, ihre ins Zwielicht geratene Europapolitik, vor allem auch gegenüber den EWG-Partnern, zu präzisieren. Die Regierung muß der SPD und damit der Öffentlichkeit u.a. sagen, ob sie trotz des Kanzlers Äußerungen den politischen Zusammenschluß Europas fördern will. Ferner fragt die SPD, ob die Regierung noch zu ihren Europa-Vorschlägen von 1964 und zur Erämbel des Deutsch-Französischen Vertrages steht.

Man darf gespannt sein, wie sich die Regierung aus der Affäre zieht. Die SPD ist jedenfalls im Interesse der Kontinuität der deutschen Politik nicht bereit, den Zick-Zack-Kurs des Kanzlers in der Europapolitik hinzunehmen. Vielmehr soll demnächst in einer großen Bundestagsdebatte eine Bestandsaufnahme in der Europapolitik gemacht werden.

Denn: Wenn in dieser oder jener Frage eine andere Lösung notwendig erscheint, dann muß man offen darüber diskutieren, darf aber nicht in Eischreden das verwerfen, was man noch kurz vorher angeeignet für richtig gehalten hat. Vielleicht hat aber der Regierungschef nur nach dem Motto geredet "was kümmert mich mein Geschwätz von vorgestern?". Von der Beantwortung der Kleinen SPD-Anfrage wird es abhängen, ob nun auch noch diese Eigenart für Erhard als charakteristisch angesehen werden muß.

Spaniens Gastarbeiter sind kritische Heimkehrer

Sie finden auch manches Haar in der "deutschen Suppe"

Von unseren HD-1-Korrespondenten in Madrid

Spaniens Gastarbeiter sind nicht nur kritisch, wenn es um Vergleiche geht, die zuungunsten ihrer Heimat ausfallen. Sie finden auch manches Haar in der deutschen Suppe. Die häufigsten Beschwerden, die sie nach ihrer Rückkehr vorzubringen haben: der Mangel an echten Kontakten zu ihren deutschen Kollegen, die sie zuweilen "gönnerhaft" als "Kanaker", Mausefallenhändler und Makkaronifresser" titulieren. Zur Ehrenrettung des deutschen Arbeiters muß aber gesagt werden, daß diese soltsamen Kollegen nur eine geringe Minderheit bilden - aber ein einziger mit Dünkel behafteter Deutscher, sei es ein Tourist - der sinnlos mit Trinkgeldern um sich wirft und sich lächerlich macht - oder ein Arbeitskollege, kann bei den Gastarbeitern aus Spanien und bei den Landesbewohnern zu Verallgemeinerungen führen, die dem Ansehen Deutschlands im Ausland schaden. Im Urteil der Gastarbeiter kommen wir oft nicht so gut weg, wie wir glauben.

Warum immer noch Rückwanderer ?

Die Gewerkschaften haben sehr viel dazu beigetragen, um den Spaniern auch in der Bundesrepublik ein Gefühl des Heimischwerdens und der Geborgenheit zu vermitteln - das erkennen die Heimkehrer aus Deutschland immer wieder gerne an.

Wie aber kommt es, daß die Zahl der neu angeworbenen spanischen Gastarbeiter immer mehr zurückgeht und manche spanische Konsulate aus der Bundesrepublik melden, die Anzahl der Heimkehrer übersteige die der Neuzuwanderer?

Spanisches Steuersystem ist einfacher

Es sind nicht nur die verbesserten Lebensbedingungen und die jetzt größeren Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Lande. Nachbar Sánchez, der fünf Jahre lang als Dreher in Rheinland-Pfalz gearbeitet hat und nach seiner Rückkehr in Madrid als gutbezahlter technischer Angestellter mit fremdsprachlichen Kenntnissen tätig ist, will im Gegensatz zu seiner Ehefrau (sie war Köchin in einem Krankenhaus) nicht mehr "gastarbeiten". Warum? Nicht nur die bessere, nach einem Fernstudium erworbene Stellung hält ihn in der Heimat fest. Über das deutsche Steuersystem war Sánchez nie glücklich, denn in Spanien werden die Löhne netto vereinbart und ausbezahlt - es gibt im Jahr hoch zwei bis drei Extragehälter zusätzlich. Arbeitet die Frau nicht mit, so erhält Sánchez vier zusätzliche Gehaltspunkte; für das erste Kind zwei, das zweite einen, das dritte wieder zwei, usw. Ein Punkt kann 250 Peseten wert sein (etwa 17,50 DM), je nach Größe des Sozialfonds des Betriebs, der zehn Prozent der Lohnsumme betragen und vom Arbeitgeber aufgebracht werden muß. In einem Betrieb mit vielen Ledigen ist ein solcher "Punkt" natürlich mehr wert als in einem Werk, das zahlreiche Familienväter beschäftigt. Verdient

Herr Sánchez im Monat 12 000 Peseten netto (840,-- DM), so erhält er für seine Frau und sein Kind sechs weitere "Punkte", also nochmals 500 Peseten (etwa 105,-- DM) Familienzulage. Für "Verdienste außer der Reihe" wird ihm nicht wie in Deutschland ein Abzug von 20 Prozent "aufgebremst", wie er sagt, sondern nur eine Pauschalsteuer von sieben Prozent. "Die Deutschen zahlen zuviel Steuern und leben über ihre Verhältnisse", findet Sánchez, ein intelligenter junger Mann von 28 Jahren.

Mehr Übersicht bei Ausgaben

Er hält für sein Land noch mehr Pluspunkte in Bereitschaft: "Hier in Spanien brauche ich mich weder polizeilich an- noch abzumelden, zahle ich weder Rundfunk- noch Fernsehgebühr, während in Deutschland immer noch zahlreiche "Extras" bezahlt werden mußten. Erhalte ich in Deutschland eine Rechnung, so weiß ich nicht, was mein Gläubiger an mir verdient. Hier weiß ich es: er muß aufführen, was an Umsatzsteuer zu entrichten ist, die ich als Kunde ebenso wie in Deutschland zu tragen habe. Wenn ich den Betrag lese, weiß ich, ob ich etwa von der Konkurrenz kulanter angefaßt werde. In Deutschland sind Rechnungen oft ein Buch mit sieben Siegeln", meint Herr Sánchez.

Auch die Unterbringung und die oftmals teuren Mieten werden von den spanischen Gastarbeitern kritisiert. Vor wenigen Tagen landete morgens um ein Uhr eine wahre Flotte von Charterflugzeugen auf dem Flughafen Madrid-Barajas: aus vier Maschinen quollen etwa 400 Spanier, die als Gastarbeiter in der Bundesrepublik tätig sind und vier Wochen in ihrer Heimat ferienhalber bleiben. Unter den 400 Gastarbeitern waren etwa 60 Frauen, die teilweise ihre Kinder mitbrachten. Die von Frankfurt abgeflogenen Spanier bestätigten die Eindrücke, die Nachbar Sánchez aus Deutschland mitbrachte. Das "Wirtschaftswunderland" ist längst nicht mehr so begehrt wie früher.

Auch Spanien hat "Gastarbeiter"

Das amtliche spanische Auswanderungsinstitut hat im Jahre 1964 noch 102 164 neue "Auswanderungsfälle" bearbeitet - ein Jahr später waren es nur noch 74 539 - und demgegenüber eine Zahl, die ebenfalls interessant ist und die die Agentur "iberopress" ermittelt hat: 20 000 Sekretärinnen, Dolmetscherinnen und andere Spezialistinnen aus Deutschland, der Schweiz, England, Österreich, der Benelux-Ländern, Skandinavien und sogar den USA sind in Spanien als "Gastarbeiter" tätig. Ja, Spanien trägt an, selbst "Arbeitgeberland" zu werden? Und das, obwohl etwa eine Million Spanier im Ausland leben - sei es als Gastarbeiter, sei es auch aus politischen Gründen. Auch Spanien beherbergt politische Flüchtlinge - etwa 15 000 Exilkubaner, die auf der Pyrenäenhalbinsel ihre Tage ebenfalls als "Gastarbeiter" verbringen.